

P R E S S E M I T T E I L U N G

**Nr. 43 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag
27.01.2012**

Genehmigungen für Atomabfallentsorgung bei Eckert & Ziegler müssen auf den Prüfstand

Radioaktive Belastung in Braunschweig-Thune nicht akzeptabel

Im Zusammenhang mit den Protesten gegen eine Sammelstelle für radioaktiven Abfall im Braunschweiger Stadtteil Thune hat die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Landtagsgrünen **Gabriele Heinen-Kljajic** eine Überprüfung der Genehmigung für die Firma Eckert & Ziegler gefordert. "Die geltenden Genehmigungen müssen zurückgestuft werden", sagte die Grünen-Politikerin nach einer Bürgerversammlung am Donnerstag dieser Woche. "Es kann nicht akzeptiert werden, dass in einem Wohngebiet laxere Grenzwerte für die Strahlenbelastung gelten als zum Beispiel am Zaun des Zwischenlagers in Gorleben!"

Um die Rechtslage zu klären, hat die Abgeordnete heute (Freitag) in einem Brief an den niedersächsischen Umweltminister um Einsicht in alle geltenden Strahlenschutzgenehmigungen für diesen Firmenstandort gebeten.

"Die radioaktive Belastung für die Menschen muss deutlich gesenkt werden. Die Genehmigungen müssen auf den Prüfstand", sagte Heinen-Kljajic. Die Firma Eckert & Ziegler werbe immer wieder offensiv für Entsorgungsaufträge, dadurch werde deutlich, dass die Firma ihre Tätigkeiten im Bereich der Entsorgung von radioaktivem Abfall ausweiten wolle.

Bereits im Dezember hatten die Grünen mit einer Großen Anfrage an die Landesregierung Auskunft über die genehmigten und tatsächlich gemessenen Strahlenbelastungen, über Abfallmengen und radioaktives Inventar gefordert.

Mehr dazu und den Wortlaut der Großen Anfrage finden Sie unter.....

Große Anfrage: Atommüll im „radioaktiven Dreieck“ zwischen Eckert & Ziegler in Braunschweig, dem Zwischenlager Leese und der niedersächsischen Landessammelstelle in Jülich (NRW)
(<http://www.fraktion.gruene-niedersachsen.de/cms/default/dokbin/402/402003@de.pdf>)